

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Groth, Katrin Werner,
Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8916 –

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe gegenüber allen Regierungen und Staaten, die diese barbarische Form der Bestrafung weiterhin praktizieren, einzufordern. Darüber hinaus soll sie sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Freilassung des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal einzusetzen. Den USA soll angeboten werden, Mumia Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8916 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Tom Koenigs
Vorsitzender

Michael Frieser
Berichterstatter

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Michael Frieser, Angelika Graf (Rosenheim), Marina Schuster, Annette Groth und Volker Beck (Köln)**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8916** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe gegenüber allen Regierungen und Staaten, die diese barbarische Form der Bestrafung weiterhin praktizieren, einzufordern. Darüber hinaus soll sie sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Freilassung des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal einzusetzen. Den USA soll angeboten werden, Mumia Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren.

Eine weitere Forderung der Fraktion DIE LINKE. zielt darauf ab, dass die Bundesregierung sich in Gesprächen mit Mitgliedern der US-amerikanischen Regierung aktiv für eine menschenrechtskonforme Reform des Strafprozessrechts und des Strafvollzugs in den USA einsetzt.

In dem Antrag heißt es ferner, der Deutsche Bundestag bekräftige seinen Beschluss, wonach er die Todesstrafe das elementarste Menschenrecht, das Recht auf Leben, negiert und bittet alle Parlamente und Regierungen, sich aktiv für die endgültige Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. Man habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Mumia Abu-Jamal nach 30 Jahren in der Todeszelle in den „norma-

len“ Haftvollzug verlegt wurde. Mumia Abu-Jamal sei weltweit zum Sinnbild für den Kampf gegen die Todesstrafe geworden. Jetzt habe er die Möglichkeit, seine Unschuld zu beweisen, ohne mit einer Hinrichtung rechnen zu müssen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8916 in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/8916 in seiner 83. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat sich mit dem Antrag in seiner 77. Sitzung am 20. Februar 2013 ohne Aussprache befasst und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Berlin, den 20. Februar 2013

Michael Frieser
Berichtersteller

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstellerin

Marina Schuster
Berichterstellerin

Annette Groth
Berichterstellerin

Volker Beck (Köln)
Berichtersteller